



GroKo etabliert Jobs zweiter Klasse

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 18. Oktober 2016

„Beim Abbau von Arbeitnehmerrechten gibt die Bundesregierung Vollgas, wie sonst nur bei der Rettung von Banken“, kommentiert Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE den Plan der Großen Koalition, das Gesetz zur Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen noch diesen Freitag durch den Bundestag zu peitschen. Krellmann weiter:

„Längst ist bekannt, dass Arbeitgeber Leiharbeit und Werkverträge systematisch missbrauchen, um Druck auf ihre Stammbeschaften auszuüben. Leiharbeit wird nach wie vor als Brücke in den Arbeitsmarkt verkauft und ist doch nichts weiter als ein Garant für Niedriglohn, miese Arbeitsbedingungen und unsichere Jobs. Daran ändert die am Freitag zur Abstimmung stehende Neuregelung auch nichts. Im Gegenteil: Die einst vorübergehende Leiharbeit wird nun dauerhaft etabliert und Arbeitgeber, die Scheinwerkverträge nutzen, werden zukünftig sanktions- und straffrei bleiben. Hier bleiben ganz klar die Beschäftigten auf der Strecke.

DIE LINKE hat die Neuregelungen zu Leiharbeit und Werkverträgen von Anfang an kritisch hinterfragt und

die Bundesregierung aufgefordert, im Sinne der Beschäftigten nachzubessern. Das heißt: Gleiches Geld für gleiche Arbeit ab dem ersten Einsatztag. Kein Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger als drei Monate dauern. Zudem brauchen Betriebsräte in dieser Frage ein zwingendes Mitbestimmungsrecht.“